

J. AMADEUS WALTZ

Offshore-Stiftungen und -Trusts

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

544

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

544

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels, Anne Röhrl



J. Amadeus Waltz

Offshore-Stiftungen und -Trusts

Eine rechtsvergleichende Untersuchung
der gesetzlichen Ausgestaltung und
Missbrauchspotenziale

Mohr Siebeck

J. Amadeus Waltz, geboren 1986; Studium der Rechtswissenschaft in Hamburg und Cambridge; Gründer und Geschäftsführer; 2024 Promotion; Rechtsanwalt und Syndikusanwalt.

Zur Arbeit gehört ein Online-Appendix, der abrufbar ist unter:
DOI 10.1628/978-3-16-164540-2-Appendix

ISBN 978-3-16-164539-6 / eISBN 978-3-16-164540-2
DOI 10.1628/ 978-3-16-164540-2

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2026. www.mohrsiebeck.com

© J. Amadeus Waltz.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“ (CC BY-SA 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung der jeweiligen Urheber unzulässig und strafbar.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Mit dem Thema der Offshore-Stiftungen und -Trusts verbindet mich eine langjährige Faszination: Erstmals kam ich bereits 2010 während meines Studiums im Rahmen der Vorlesung „Recht der Non-Profit-Organisationen“ bei meiner späteren Doktormutter mit der Thematik der perpetuierten Vermögensbindung – und dem Begriff der Diktatur der toten Hand – sowie allgemeinen Erwägungen zum Missbrauch der Rechtsform der Stiftung in Berührung. Dass diese und weitere Problematiken in anderen Jurisdiktionen stärker ausgeprägt sind und teils ganz anders beurteilt werden, ließ sich bereits erahnen, der Mangel an entsprechender verfügbarer Literatur irritierte mich aber schon damals. Im Rahmen meines Auslandsstudiums an der *University of Cambridge* (Gonville & Caius College) erschloss sich mir über *Equity* und das daraus fließende Trustrecht eine faszinierende parallele Dimension. Aus diesen frühen Impulsen wuchs kontinuierlich – und freilich mit vielen Anpassungen – das Thema der vorliegenden Untersuchung.

Diese wurde an der *Bucerius Law School* – Hochschule für Rechtswissenschaft – als Dissertation angenommen. Gesetzgebung und ausgewählte Literatur konnten mit Stand bis Dezember 2022 berücksichtigt werden. Das Datum der mündlichen Prüfung war der 15. Mai 2024.

Der erste und höchste Dank gebührt meiner Doktormutter, Professor Dr. Birgit Weitemeyer, Direktorin des *Instituts für Stiftungsrecht und das Recht der Non-Profit-Organisationen*: Sie war nicht nur bereit, das von mir an sie herangetragene, exotische Thema zu betreuen, sondern hat die Ausgestaltung auch stets wohlwollend begleitet und mich unterstützt.

Professor Dr. Francesco Schurr danke ich herzlich für die Übernahme und schnelle Durchführung der weniger dankbaren Aufgabe des Zweitgutachtens sowie seine Unterstützung durch Einladungen zu den spannenden trustrechtlichen Veranstaltungen an der *Universität Liechtenstein* und der *Universität Zürich*, die Gelegenheit zu wertvollem fachlichem Austausch gegeben haben.

Der *Stiftung der Deutschen Wirtschaft* danke ich für die ideelle wie finanzielle Unterstützung durch ein Promotionsstipendium, insbesondere auch die Unterstützung meines Forschungsaufenthalts an der School of Law der *University of the South Pacific* (Emalus Campus) in Port Vila, Vanuatu sowie dem Hauptstandort (Laucala Campus) in Suva, Fidschi.

An dieser Stelle gilt mein Dank auch dem mittlerweile leider von uns gegangenen Professor Don Paterson, der mich zu dem vorgenannten Forschungsaufenthalt eingeladen und vor Ort unterstützt hat, allen Mitgliedern der Rechtsfakultät der USP für die herzliche Einbindung sowie dem deutschen Honorarkonsul und seiner Ehefrau, Jörg und Bettina Schwarze, für die freundliche Aufnahme. Besonders hervorheben möchte ich die wertvolle Arbeit aller Beteiligten des für Forschung und Lehre (sowie Praxis) unverzichtbaren *Pacific Islands Legal Information Institute*, welches eine Datenbank von Gesetzen, Rechtsprechung und Zusatzmaterialien frei zur Verfügung stellt.

Den Rechtsanwälten Lindsay D. Barrett (Vanuatu) und Jan Dash (Nevis) danke ich für ihre Zeit und den offenen Austausch zur Rechtspraxis aus Sicht eines Trust-Dienstleisters.

Meinen Kommilitonen, insbesondere meinem guten Freund Dr. med. Dr. iur. Constantin Blanke-Roeser, sowie meinen Mit-Forschenden in den Bibliotheksräumen am *Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht* in Hamburg danke ich für die anregenden Diskussionen und das offene Feedback. Gleiches gilt für meine Mit-Teilnehmer im Rahmen der *ATLAS – Agora Summer School*, welche an der *National University of Singapore* stattfand.

Mein herzlicher Dank gebührt auch Mechthild Kuhl für das Korrekturlesen der finalisierten Arbeit.

Für die Aufnahme in diese Schriftenreihe bedanke ich mich bei den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht sowie bei Herrn Dr. Christian Eckl für die hilfreiche redaktionelle Betreuung der Veröffentlichung. Der *Dr. Leo Mohren Stiftung* danke ich für die großzügige Förderung der Publikation.

Ein ganz besonderer Dank gilt meiner Familie, insbesondere meinen Eltern, Ulf und Ute Waltz, sowie meiner Ehefrau, Thi Hà Waltz, die mich stets unterstützt und mein Promotionsvorhaben damit ermöglicht haben.

Hamburg und München, im Mai 2025

J. Amadeus Waltz

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Tabellenverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Erster Teil: Einführung	1
§ 1 <i>Thematik und Zielsetzung</i>	3
I. Einleitung und Forschungsstand	3
II. Zielsetzung und Methodik	5
§ 2 <i>Stiftung und Trust – Definition und Darstellung</i>	13
I. Begriff der Stiftung	13
II. Begriffsdefinition im Rahmen dieser Untersuchung	14
III. Begriff des Trusts und Kurzdarstellung nach englischem Recht	16
IV. Definition im Rahmen dieser Untersuchung	32
§ 3 <i>Missbrauchspotenziale – Bedeutung und Anhaltspunkte</i>	33
I. Der Begriff des Missbrauchs(potenzials) im Rahmen dieser Untersuchung	33
II. Kriterien und Indikatoren des Missbrauchspotenzials	38
Zweiter Teil: Das Offshore-Phänomen	57
§ 4 <i>Begriff und Geschichte</i>	59
I. Begriffe und Definitionsansätze	59
II. Geschichte und Entwicklung	60

§ 5 <i>Offshore-Jurisdiktionen: Überblick und ausgewählte Beispiele</i>	65
I. Listen	65
II. Betrachtete Offshore-Jurisdiktionen	72
 Dritter Teil: Stiftungs- und Trustrecht offshore	77
 § 6 <i>Vanuatu</i>	79
I. Rechtssystem	80
II. Stiftung: <i>Vanuatu foundation</i>	81
III. Trust	95
IV. Verschwiegenheitspflichten	97
V. Missbrauchspotenziale	98
 § 7 <i>Cookinseln</i>	113
I. Rechtssystem	114
II. Stiftung: <i>Cook Islands foundation</i>	114
III. Trust: <i>Cook Islands international trust</i>	136
IV. Verschwiegenheitspflichten	154
V. Missbrauchspotenziale	155
VI. Gegenüberstellende Zusammenfassung	172
 § 8 <i>Nevis</i>	175
I. Rechtssystem	176
II. Stiftung: <i>Nevis multiform foundation</i>	177
III. Trust: <i>Nevis international (exempt) trust</i>	209
IV. Verschwiegenheitspflichten	232
V. Missbrauchspotenziale	234
VI. Gegenüberstellende Zusammenfassung	249
 § 9 <i>Rechtsvergleichende Zusammenfassung und Fazit</i>	251
I. Überblick zu Ähnlichkeiten und Abweichungen	251
II. Vergleich der Missbrauchspotenziale	256
III. Einschätzung und Fazit	263

Vierter Teil: Das deutsche Stiftungsrecht zum Vergleich	265
<i>§ 10 Die deutsche Stiftung</i>	267
I. Rechtsfähige Stiftung	267
II. Unselbständige Stiftung	280
III. Missbrauchspotenziale	290
<i>§ 11 Vergleich mit dem Recht der Offshore-Jurisdiktionen</i>	301
I. Überblick zu Parallelen und Abweichungen	301
II. Missbrauchspotenziale: Tabellarischer Vergleich und Überblick	303
III. Vergleichende Hinweise	305
<i>§ 12 Zusammenfassung und weiterführende Überlegungen</i>	307
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	307
II. Rechtsdurchsetzung und Asset Protection	309
III. Reflexion der Rechtslage in Deutschland	309
IV. Positive Impulse	310
V. Legitime Nutzungsmöglichkeiten	311
Literaturverzeichnis	313
Sachregister	325
Digitales Zusatzmaterial: Ausgewählte Gesetzestexte Vanuatus, der Cookinseln sowie von St. Kitts und Nevis, DOI 10.1628/978-3-16-164540-2-Appendix.	

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Tabellenverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Erster Teil: Einführung	1
-------------------------------	---

§ 1 <i>Thematik und Zielsetzung</i>	3
---	---

I. Einleitung und Forschungsstand	3
II. Zielsetzung und Methodik	5
1. Betrachtungsobjekte	5
2. Gang der Untersuchung	6
3. Arbeitshypothesen und Untersuchungsziele	7
4. Vorgehen und Darstellung	9
5. Verwendete Primärquellen: Verweise und Anhänge	10
a) Gesetzgebung Vanuatus und der Cookinseln	11
b) Gesetzgebung von St. Kitts und Nevis	11
c) Digitales Zusatzmaterial	12

§ 2 <i>Stiftung und Trust – Definition und Darstellung</i>	13
--	----

I. Begriff der Stiftung	13
II. Begriffsdefinition im Rahmen dieser Untersuchung	14
III. Begriff des Trusts und Kurzdarstellung nach englischem Recht	16
1. Eigenheiten und Entstehung	16
2. Errichtung	17
a) Bestimmtheitselemente der Trusterklärung	18
aa) Intention („certainty of words/intention“)	18
bb) Bestimmbarkeit des Trustguts („certainty of subject“)	18
cc) Bestimmtheit der Begünstigung („certainty of object“)	19
b) Übertragung des Trustguts oder Gegenleistung	19
c) Kein Scheintrust	19

3. Settlor	20
4. Trustee	20
5. Begünstigte und/oder Zweck	21
6. Widerrufbarkeit und Abänderung	21
7. Überkommene Einschränkungen	22
a) Trust-Auflösung auf Verlangen des Begünstigten	22
b) Abtretbarkeit und Pfändbarkeit der Trustansprüche sowie Gläubigerschutz	22
aa) (Un-)echter <i>discretionary trust</i>	23
bb) Übertragbarkeit und Pfändung	23
cc) Kein Insolvenzschutz für den Settlor	24
c) Zeitliche Begrenzung	24
d) Thesaurierungsbeschränkung	25
e) <i>Ordre public</i> -Verstoß	25
8. Trust-Durchsetzung und Verfolgungsrechte	25
a) Private Durchsetzung	25
b) Durchsetzung und Aufsicht gemeinnütziger <i>purpose trusts</i>	26
9. Einordnung und Abweichungen in anderen Jurisdiktionen	26
10. Trusttypen	27
a) Art der Entstehung	27
b) Personenidentität	28
c) Rechte des Settlors	28
d) Art der Begünstigung, Berechtigung des Beneficiary und Stellung des Trustees	29
e) Nutzung und Ziel des Trusts	30
11. Rechtliche Behandlung in Deutschland	31
IV. Definition im Rahmen dieser Untersuchung	32
§ 3 <i>Missbrauchspotenziale – Bedeutung und Anhaltspunkte</i>	33
I. Der Begriff des Missbrauchs(potenzials) im Rahmen dieser Untersuchung	33
1. Vorüberlegungen	33
a) Allgemeine Begriffsverwendung	33
b) Konkretisierung im Steuerrecht	34
aa) Grundsätzliche Erwägungen	34
bb) § 15 AStG als beispielhafte Missbrauchsverhinderungsvorschrift	34
c) Langfristige Vermögens- und Willensperpetuierung <i>per se</i> als Missbrauch	35
d) Zwischenergebnis	36

2.	Untersuchungsziel: Abstrakte Missbrauchspotenziale bei unterschiedlich weitem Missbrauchsbeginn	37
3.	Verwendete Minimaldefinition	37
II.	Kriterien und Indikatoren des Missbrauchspotenzials	38
1.	Kriterien im OECD-Kontext	38
a)	OECD-Berichte	39
b)	Die FATF zum Missbrauch von Rechtsformen	41
2.	Überlegungen zu abweichenden Regelungen und Abwehrklauseln	42
3.	Zwischenfazit	42
4.	Bereiche und Kriterien im Rahmen dieser Untersuchung	43
a)	Bereich: Anonymität und Intransparenz	44
aa)	Register(pflicht) und fehlende Publizität	44
bb)	Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	45
cc)	Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	46
dd)	Übermäßige Verschwiegenheitspflichten	46
b)	Bereich: Separates Regelungsregime	47
c)	Bereich: Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	48
aa)	Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	48
bb)	<i>Letter of wishes</i>	49
cc)	Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	50
dd)	Einfacher Wechsel von Zweck und Begünstigten	50
ee)	Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	50
d)	Bereich: Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	51
aa)	<i>Spendthrift trust</i> bzw. <i>protective trust</i> und Vermögensabschottung	51
bb)	<i>Discretionary trust</i> und Ermessensstiftung	52
cc)	Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchsgrundlagen	52
dd)	Weitere prozedurale Hindernisse	53
ee)	Eingeschränkte Rechtsfolgen	53
ff)	Kurze (Anfechtungs-)Fristen und schnelle Verjährung/Präklusion	54
gg)	Unverhältnismäßige Sicherheitsleistung als Klageerfordernis	54
hh)	Fluchtklauseln	55
ii)	Anti-Duress-Klauseln	55

Zweiter Teil: Das Offshore-Phänomen	57
§ 4 <i>Begriff und Geschichte</i>	59
I. Begriffe und Definitionsansätze	59
II. Geschichte und Entwicklung	60
§ 5 <i>Offshore-Jurisdiktionen: Überblick und ausgewählte Beispiele</i>	65
I. Listen	65
1. EU-Liste	66
2. Oxfam	67
3. Tax Justice Network: Financial Secrecy Index	69
4. Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds	72
II. Betrachtete Offshore-Jurisdiktionen	72
1. Vanuatu	73
2. Die Cookinseln	74
3. Nevis	74
Dritter Teil: Stiftungs- und Trustrecht offshore	77
§ 6 <i>Vanuatu</i>	79
I. Rechtssystem	80
II. Stiftung: <i>Vanuatu foundation</i>	81
1. Rechtsgrundlagen	82
2. Errichtung	82
a) Registrierung der Stiftung	82
b) Antrag	83
c) Fortsetzung (Sitzverlegung) ausländischer Stiftungen	83
3. Stiftungssatzung	83
4. Stiftungsvermögen	84
5. Stiftungszweck, Tätigkeit und Destinatäre	85
6. Stiftungsorgane	85
a) Stiftungsrat („board of councillors“)	85
b) Stiftungssekretär („secretary“)	86
c) <i>Guardian</i>	86
aa) Aufgaben und Befugnisse	87
bb) Bestellung und sonstige Regelungen	87
d) Abweichungen bei den persönlichen Voraussetzungen	87

7. Rolle und Rechte des Stifters	88
8. Rechnungslegung und Dokumentationspflichten	88
9. Abwehrklauseln.....	89
a) Ausschluss ausländischen Rechts	89
b) Verfügungsbefugnis und Destinatärsschutz	89
c) Pfändungs- und Vollstreckungsschutz zugunsten der Destinatäre	90
10. Internationale Sitzverlegung	91
11. Stiftungsaufsicht.....	91
a) Auskunfts- und Einsichtsrechte des Kommissars	91
b) Untersuchungsverfahren mit Inspektor	92
c) Maßnahmen der Stiftungsaufsicht	92
aa) Auflösung durch den Kommissar.....	93
bb) Auflösung durch das Gericht	93
12. Register und Publizität.....	93
13. Charakteristika	94
III. Trust	95
1. Geheimhaltung und Stempelabgaben	95
2. Zeitliche Begrenzung und Thesaurierungsbeschränkung.....	96
3. Charakteristika	97
IV. Verschwiegenheitspflichten.....	97
1. Allgemeine Verschwiegenheitspflichten	97
2. Stiftungsspezifische Regelungen.....	98
V. Missbrauchspotenziale.....	98
1. Stiftung.....	98
a) Anonymität und Intransparenz.....	98
aa) Register(pflicht) und Publizität	98
bb) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	99
cc) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	99
dd) Verschwiegenheitspflichten.....	100
b) Separates Regelungsregime	100
c) Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	100
aa) Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	100
bb) <i>Letter of wishes</i>	100
cc) Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	101
dd) Einfacher Wechsel von Zweck und Begünstigten.....	101
ee) Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	101
d) Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	101
aa) <i>Spendthrift</i> -Regelung und Vermögensabschottung.....	102
bb) Ermessensbegünstigung.....	102
cc) Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchsgrundlagen	102

dd) Weitere prozedurale Hindernisse	103
ee) Eingeschränkte Rechtsfolgen	103
ff) (Anfechtungs-)Fristen und Verjährung	103
gg) Sicherheitsleistungen als Klageerfordernis	103
hh) Fluchtklauseln	103
ii) Anti-Duress-Klauseln	104
e) Zusammenfassende Beurteilung der Missbrauchspotenziale	104
2. Trust	105
a) Anonymität	105
aa) Register(pflicht) und Publizität	105
bb) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	105
cc) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	106
dd) Verschwiegenheitspflichten	106
b) Separates Regelungsregime	106
c) Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	106
aa) Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	106
bb) <i>Letter of wishes</i>	107
cc) Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	107
dd) Einfacher Wechsel von Zweck oder Begünstigten	107
ee) Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	107
d) Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	108
aa) <i>Spendthrift trust</i> bzw. <i>protective trust</i> und Vermögensab- schottung	108
bb) <i>Discretionary trust</i>	108
cc) Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchs- grundlagen	108
dd) Weitere prozedurale Hindernisse	108
ee) Eingeschränkte Rechtsfolgen	108
ff) (Anfechtungs-)Fristen und Verjährung	109
gg) Sicherheitsleistungen als Klageerfordernis	109
hh) Fluchtklauseln	109
ii) Anti-Duress-Klauseln	109
e) Zusammenfassende Beurteilung der Missbrauchspotenziale	109
3. Gegenüberstellende Zusammenfassung	110
§ 7 <i>Cookinseln</i>	113
I. Rechtssystem	114
II. Stiftung: Cook Islands <i>foundation</i>	114
1. Rechtsgrundlagen	115
2. Errichtung	115
a) Allgemein	115
b) Jurisdiktionsübergreifende Sitzverlegung	116

3. Stiftungssatzung und Stiftungsregeln.....	117
a) Stiftungssatzung.....	117
b) Stiftungsregeln	117
aa) Obligatorische Inhalte.....	117
bb) Fakultative Inhalte.....	118
4. Stiftungsvermögen	118
5. Stiftungszweck und Destinatäre	119
a) Grundlagen.....	119
b) Keine unternehmerische Betätigung.....	120
c) Transparenz.....	120
d) Rechte des Destinatärs	120
e) Stiftung für den Stifter	120
6. Stiftungsorgane	121
a) Stiftungsrat („council“).....	121
b) Eingetragener Vertreter („registered agent“)	121
c) Enforcer.....	122
aa) Aufgaben, Rechte und Durchsetzung.....	123
bb) Person bzw. Amtsinhaber.....	123
7. Rolle und Rechte des Stifters	123
a) Definition und Abgrenzung zum Zustifter.....	123
b) Stellung und Vorbehalt von Rechten.....	124
c) Widerruf der Stiftung.....	124
8. Rechnungslegung und Dokumentationspflichten	125
9. Abwehrklauseln.....	125
a) Zwingende Anwendung und Vorrang des Rechts der Cookinseln.....	126
b) Ausschluss ausländischen Rechts	127
c) Nichtanerkennung ausländischer Urteile/Anordnungen	128
d) Insolvenzfestigkeit von (Zu-)Stiftungen.....	128
e) Betrug oder Gläubigerbenachteiligung	128
aa) Verschärftes Beweismaß	129
bb) Schädigungsvorsatz und Kausalität	129
cc) Kausalität, Berechnung und Vorsatzausschluss	129
dd) Weitere vorsatzausschließende (unwiderlegliche) Vermu- tungen.....	130
ee) Ausschluss von Vermutungen/Anscheinsbeweisen.....	130
ff) Subsidiarität und Erschöpfung des Rechtswegs	131
gg) Eingeschränkte Rechtsfolgen	131
f) Verjährung/Präklusion und formelle Voraussetzungen.....	133
10. Stiftungsaufsicht.....	134
11. Internationale Sitzverlegung	134
12. Register und Publizität.....	135
13. Charakteristika	136

III. Trust: Cook Islands <i>international trust</i>	136
1. Rechtsgrundlage.....	137
2. Errichtung und Registrierung	137
3. Settlor.....	138
4. Trustee.....	138
5. Begünstigte und Zweck.....	140
a) Beneficiary	140
b) Zweck.....	140
6. Protector.....	141
7. Widerrufbarkeit und Rechtevorbalt.....	142
8. (Mangel von) Einschränkungen	142
a) <i>Spendthrift</i> Beneficiary	142
b) Zeitliche Begrenzung und Thesaurierungsbeschränkung.....	143
9. Rechnungslegung und Dokumentationspflichten	143
10. Abwehrklauseln.....	144
a) Primat der Rechtswahl und anwendbares Recht	144
b) Zwingende Anwendung des Rechts der Cookinseln.....	145
c) Ausschluss ausländischen Rechts	146
d) Nichtanerkennung ausländischer Urteile	146
e) Insolvenzfestigkeit und Schutz der Trusterrichtung.....	147
f) Betrug oder Gläubigerbenachteiligung.....	147
aa) Verschärftes Beweismaß	147
bb) Schädigungsvorsatz und Kausalität	148
cc) Kausalität, Berechnung und Vorsatzausschluss.....	148
dd) Weitere vorsatzausschließende (unwiderlegliche) Vermu- tungen.....	148
ee) Ausschluss von Vermutungen/Anscheinsbeweisen.....	149
ff) Statute of Elizabeth.....	150
gg) Subsidiarität und Erschöpfung des Rechtswegs	150
hh) Eingeschränkte Rechtsfolgen	150
g) Verjährung/Präklusion und formelle Voraussetzungen.....	151
11. Internationale Sitzverlegung	152
12. Register und Publizität.....	153
13. Charakteristika	153
IV. Verschwiegenheitspflichten.....	154
1. Allgemeine Regelungen	154
2. Stiftungs- und Trustrecht.....	155
V. Missbrauchspotenziale	155
1. Stiftung.....	155
a) Anonymität.....	155
aa) Register(pflicht) und Publizität	155
bb) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	156
cc) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	156

dd) Verschwiegenheitspflichten.....	157
b) Separates Regelungsregime	157
c) Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	157
aa) Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	157
bb) <i>Letter of wishes</i>	158
cc) Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	158
dd) Einfacher Wechsel von Zweck und Destinatären	158
ee) Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	158
d) Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	159
aa) <i>Spendthrift</i> -Regelung und Vermögensabschottung.....	159
bb) Ermessensbegünstigung	160
cc) Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchs- grundlagen	160
(1) Inhaltliche Ausschlüsse: Erbschaft und Ehe	160
(2) Inhaltliche Ausschlüsse: Insolvenz	160
(3) Weitere Ausschlüsse: Anwendung des Rechts der Cook- inseln	160
dd) Weitere prozedurale Hindernisse	161
ee) Eingeschränkte Rechtsfolgen	161
ff) (Anfechtungs-)Fristen und Verjährung	162
gg) Sicherheitsleistungen als Klageerfordernis	162
hh) Fluchtklauseln	162
ii) Anti-Duress-Klauseln	163
e) Zusammenfassende Beurteilung der Missbrauchspotenziale	163
2. Trust	164
a) Anonymität.....	164
aa) Register(pflicht) und Publizität	164
bb) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	164
cc) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	165
dd) Verschwiegenheitspflichten.....	165
b) Separates Regelungsregime	165
c) Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	166
aa) Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	166
bb) <i>Letter of wishes</i>	166
cc) Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	166
dd) Einfacher Wechsel von Zweck und Begünstigten	166
ee) Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	167
d) Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	167
aa) <i>Spendthrift</i> -Regelung und Vermögensabschottung.....	167
bb) Ermessensbegünstigung	168

cc) Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchsgrundlagen	168
(1) Inhaltliche Ausschlüsse: Erbschaft und Ehe	168
(2) Inhaltliche Ausschlüsse: Insolvenz	168
(3) Weitere Ausschlüsse: Anwendung des Rechts der Cook-inseln	169
dd) Weitere prozedurale Hindernisse	169
ee) Eingeschränkte Rechtsfolgen	170
ff) (Anfechtungs-)Fristen und Verjährung	170
gg) Sicherheitsleistungen als Klageerfordernis	170
hh) Fluchtklauseln	171
ii) Anti-Duress-Klauseln	171
e) Zusammenfassende Beurteilung der Missbrauchspotenziale	171
VI. Gegenüberstellende Zusammenfassung	172
§ 8 <i>Nevis</i>	175
I. Rechtssystem	176
II. Stiftung: <i>Nevis multiform foundation</i>	177
1. Rechtsgrundlagen	177
2. Errichtung	178
a) Originäre Errichtung	178
aa) Registrierung und Antragstellung	178
bb) Errichtung von Todes wegen	179
b) Jurisdiktionsübergreifende (und auch transformierende) Sitzverlegung	179
c) Umwandlung und Verschmelzung	181
3. Stiftungsverfassung: Hauptsatzung und Nebensatzung	182
a) Formelle Anforderungen	182
b) Inhalt der Hauptsatzung	182
c) Beispielhafte Inhalte der Nebensatzung	183
d) Änderung der Stiftungsverfassung	184
4. Besonderheit: <i>multiform</i>	184
a) <i>Trust foundation</i>	186
b) <i>Company foundation</i>	186
c) <i>Partnership foundation</i>	187
d) Teils nicht-aktuelle Verweisungen	188
e) Rechtswirkung und Bedeutung der <i>multiform</i>	188
5. Stiftungsvermögen und (Zu-)Stiftung	191
6. Stiftungszweck und Destinatäre	191
7. Stiftungsname und Namenszusatz	192
8. Stiftungsorgane	192
a) Stiftungsvorstand („management board“)	192

b) Stiftungssekretär („secretary“)	193
c) Eingetragener Vertreter („registered agent“)	194
d) <i>Supervisory board</i>	195
9. Rolle und Rechte des Stifters	196
a) Begrifflichkeiten: Zwei Arten von Stiftern	196
b) Vorbehalt von Rechten und Widerruf	196
10. Rechnungslegung und Dokumentationspflichten	197
11. Abwehrklauseln	197
a) Zwingende Anwendung des Rechts von Nevis und Rechtswahl	197
b) Ausschluss ausländischen Rechts, Pflichtteilsrecht und Ansprüche aus persönlichem Verhältnis	198
c) Nichtanerkennung ausländischer Urteile	199
d) Pfändungs- und Vollstreckungsschutz	200
e) Betrug und Verjährung	200
aa) Verschärftes Beweismaß	200
bb) Schädigungsvorsatz und Kausalität	201
cc) Kausalität, Berechnung und Vorsatzausschluss	201
dd) Weitere vorsatzausschließende (unwiderlegliche) Vermutungen	201
ee) Ausschluss von Vermutungen/Anscheinsbeweisen	202
ff) Statute of Elizabeth	202
gg) Eingeschränkte Rechtsfolgen	203
12. Stiftungsaufsicht	203
a) Gerichtliche Verfügung	203
b) Untersuchungsverfahren	204
aa) Auskunft-, Einsichts- und Vorladungsrechte	205
bb) Durchsuchung und Durchsetzung	206
cc) Ergebnis und Folgemaßnahmen	206
13. Internationale Sitzverlegung	207
14. Register und Publizität	208
15. Charakteristika	208
III. Trust: Nevis <i>international (exempt) trust</i>	209
1. Rechtsgrundlage	209
2. Errichtung und Registrierung	210
a) Originäre Registrierung und <i>qualified foreign trust</i>	210
b) Registrierungsverfahren	211
3. Trustgut	212
4. Settlor	212
5. Trustee	213
6. Begünstigte und Zweck	214
a) Beneficiaries	214
b) Zweck	215

7. Protector	216
8. Widerrufbarkeit und Vorbehalt von Rechten	217
9. (Mangel von) Einschränkungen	218
a) <i>Spendthrift</i> Beneficiary	218
b) Zeitliche Begrenzung und Thesaurierungsbeschränkung	219
10. Rechnungslegung und Dokumentationspflichten	220
11. Abwehrklauseln	220
a) Rechtswahl und anwendbares Recht	221
b) Ausschluss ausländischen Rechts und Bestandsschutz	222
c) Nichtanerkennung ausländischer Urteile	222
d) Pfändungs- und Vollstreckungsschutz bzw. <i>spendthrift trust</i>	223
e) <i>Discretionary trust</i>	223
f) Pflichtteilsrecht und Ansprüche aus persönlichem Verhältnis	225
g) Betrug oder Gläubigerbenachteiligung	225
aa) Verschärftes Beweismaß	226
bb) Schädigungsvorsatz und Kausalität	226
cc) Kausalität, Berechnung und Vorsatzausschluss	226
dd) Weitere vorsatzausschließende (unwiderlegliche) Vermutungen	227
ee) Ausschluss von Vermutungen/Anscheinsbeweisen	227
ff) Statute of Elizabeth	228
gg) Eingeschränkte Rechtsfolgen	228
h) Verjährung/Präklusion und formelle Voraussetzungen	229
i) Anti-Duress-Klauseln	230
12. Internationale Sitzverlegung	231
13. Register und Publizität	231
14. Charakteristika	231
IV. Verschwiegenheitspflichten	232
1. Allgemeine Regelungen	232
2. Stiftungs- und Trustrecht	233
V. Missbrauchspotenziale	234
1. Stiftung	234
a) Anonymität	234
aa) Register(pflicht) und Publizität	234
bb) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	234
cc) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	235
dd) Verschwiegenheitspflichten	235
b) Separates Regelungsregime	235
c) Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	235
aa) Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	235
bb) <i>Letter of wishes</i>	236
cc) Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	236

dd) Einfacher Wechsel von Zweck und Begünstigten	236
ee) Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	237
d) Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	237
aa) Spendthrift-Regelung und Vermögensabschottung.....	237
bb) Ermessensbegünstigung	237
cc) Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchs- grundlagen	238
(1) Inhaltliche Ausschlüsse: Erbschaft und Ehe	238
(2) Pauschaler Anerkennungsausschluss aller Urteile mit Bezug auf Multiform-Stiftungen.....	238
dd) Weitere prozedurale Hindernisse	238
ee) Eingeschränkte Rechtsfolgen	239
ff) (Anfechtungs-)Fristen und Verjährung	239
gg) Sicherheitsleistungen als Klageerfordernis	240
hh) Fluchtklauseln	240
ii) Anti-Duress-Klauseln	240
e) Zusammenfassende Beurteilung der Missbrauchspotenziale	241
2. Trust	242
a) Anonymität.....	242
aa) Register(pflicht) und Publizität	242
bb) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	242
cc) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	242
dd) Verschwiegenheitspflichten.....	242
b) Separates Regelungsregime	243
c) Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	243
aa) Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	243
bb) <i>Letter of wishes</i>	243
cc) Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	244
dd) Einfacher Wechsel von Zweck und Begünstigten.....	244
ee) Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	244
d) Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	244
aa) Spendthrift-Regelung und Vermögensabschottung.....	245
bb) Ermessensbegünstigung	245
cc) Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchs- grundlagen	245
(1) Inhaltliche Ausschlüsse: Erbschaft und Ehe	245
(2) Pauschaler Anerkennungsausschluss aller Urteile mit Bezug auf <i>international trusts</i>	246
dd) Weitere prozedurale Hindernisse	246
ee) Eingeschränkte Rechtsfolgen	247
ff) (Anfechtungs-)Fristen und Verjährung	247
gg) Sicherheitsleistungen als Klageerfordernis	247

hh) Fluchtklauseln	247
ii) Anti-Duress-Klauseln	248
e) Zusammenfassende Beurteilung der Missbrauchspotenziale	248
VI. Gegenüberstellende Zusammenfassung	249
 § 9 Rechtsvergleichende Zusammenfassung und Fazit.....	251
I. Überblick zu Ähnlichkeiten und Abweichungen	251
1. Errichtung und Registrierung	251
2. Aufbau, Verwaltung und Governance	252
a) Stiftungen	252
b) Trusts	253
3. Unternehmerische Tätigkeit	254
4. Trustdurchsetzung und Stiftungsaufsicht	254
II. Vergleich der Missbrauchspotenziale	256
1. Anonymität und Intransparenz.....	258
a) Register(pflicht) und Publizität	258
b) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	258
c) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	259
2. Separates Regelungsregime	259
3. Verfügungsbefugnis und Widmungslockerung.....	260
a) Widerruf und Vorbehalt von Rechten	260
b) Selbstbegünstigung	260
4. Anspruchsvereitelung.....	260
a) (Pflichtteils-)Erbe und Unterhalt.....	260
b) Pfändungs- und Vollstreckungsschutz	261
c) Betrug und Gläubigerbenachteiligung auf den Cookinseln und Nevis	262
III. Einschätzung und Fazit	263
 Vierter Teil: Das deutsche Stiftungsrecht zum Vergleich	265
 § 10 Die deutsche Stiftung	267
I. Rechtsfähige Stiftung	267
1. Rechtsgrundlagen und Überblick.....	267
2. Errichtung	268
a) Stiftungsgeschäft	268
b) Anerkennung	268
3. Stiftungsvermögen	268
a) Mindeststiftungsvermögen.....	268
b) (Hybride) Verbrauchsstiftung.....	269

4. Stiftungszweck und Destinatäre	269
a) Stiftung für den Stifter	269
b) Familienstiftung, (reine) Unterhaltsstiftung	270
c) Selbstzweckstiftung	271
d) Wirtschaftliche Betätigung, unternehmensverbundene Stiftung	271
5. Widerruf des Stiftungsgeschäfts, Rückforderung des Stiftungs- vermögens	271
6. Stiftungsorgane	272
a) Vorstand	273
b) Fakultative Organe und Gremien	273
c) Partizipative Elemente	274
7. Rechte und Rolle des StifTERS	274
8. Rechnungslegung und Dokumentationspflichten	275
a) Bürgerliches Recht als Mindeststandard	275
b) Landesstiftungsrecht als konkretisierende Ergänzung	275
c) Handelsrecht bei kaufmännischer Stiftung	275
d) Steuerrecht bei Gemeinnützigkeit	276
9. Stiftungsaufsicht	276
10. Register und Publizität	277
a) Stiftungsverzeichnisse	277
b) Transparenzregister	277
c) Stiftungsregister	278
d) Weitere Register und Verhältnis der Eintragungen	279
11. Charakteristika	279
II. Unselbständige Stiftung	280
1. Rechtsgrundlagen und Überblick	280
2. Errichtung	281
3. Stiftungszweck und Destinatäre	282
4. Widerruf und Rückabwicklung	283
a) Treuhandstiftung und ähnliche Konstruktionen	283
aa) Erwünschte Flexibilität	283
bb) Erwünschte Bindung	283
b) Auflagenstiftung	284
5. Rolle und Rechte des StifTERS	284
6. Governance, Organe	285
7. Insolvenzfestigkeit	285
a) Treuhandstiftung	285
b) Auflagenstiftung	285
c) Atypische oder gemischte Ausgestaltung	286

8. Rechnungslegung und Dokumentationspflichten	286
9. Stiftungsaufsicht.....	287
10. Register und Publizität.....	287
11. Unterschiede zum Trust	289
12. Charakteristika	290
III. Missbrauchspotenziale	290
1. Rechtsfähige Stiftung	290
a) Anonymität.....	290
aa) Register(pflicht) und Publizität	290
bb) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	291
cc) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	291
dd) Verschwiegenheitspflichten.....	291
b) Separates Regelungsregime	291
c) Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	292
aa) Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	292
bb) <i>Letter of wishes</i>	292
cc) Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	292
dd) Einfacher Wechsel von Zweck und Begünstigten.....	292
ee) Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	293
d) Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	293
aa) Spendthrift-Regelung und Vermögensabschottung.....	293
bb) Ermessensbegünstigung.....	293
cc) Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchs- grundlagen	293
dd) Weitere prozedurale Hindernisse	293
ee) Eingeschränkte Rechtsfolgen	294
ff) (Anfechtungs-)Fristen und Verjährung	294
gg) Sicherheitsleistung als Klageerfordernis.....	294
hh) Fluchtklauseln	294
ii) Anti-Duress-Klauseln	294
e) Zusammenfassende Beurteilung der Missbrauchspotenziale	294
2. Unselbständige Stiftung	295
a) Anonymität.....	295
aa) Register(pflicht) und Publizität	295
bb) Dokumentationspflichten und Rechnungslegung	296
cc) Treuhandgründung und verdeckte Vertretung	296
dd) Verschwiegenheitspflichten.....	296
b) Separates Regelungsregime	296
c) Verbleibende Verfügungs- oder Entscheidungsbefugnis und Widmungslockerung	296
aa) Vorbehalt von Rechten und freier Widerruf	296
bb) <i>Letter of wishes</i>	297

cc) Zulässigkeit der (alleinigen) Selbstbegünstigung	297
dd) Einfacher Wechsel von Zweck und Begünstigten	297
ee) Entscheidungsübertragung und verdeckte Vertretung	297
d) Vereitelung bestehender/bevorstehender Ansprüche	297
aa) Spendthrift-Regelung und Vermögensabschottung.....	297
bb) Ermessensbegünstigung	298
cc) Pauschale Nichtanerkennung von Urteilen und Anspruchs- grundlagen	298
dd) Weitere prozedurale Hindernisse	298
ee) Eingeschränkte Rechtsfolgen	298
ff) (Anfechtungs-)Fristen und Verjährung	298
gg) Sicherheitsleistung als Klageerfordernis.....	298
hh) Fluchtklauseln	299
ii) Anti-Duress-Klauseln	299
e) Zusammenfassende Beurteilung der Missbrauchspotenziale	299
3. Gegenüberstellende Zusammenfassung	300
 § 11 Vergleich mit dem Recht der Offshore-Jurisdiktionen.....	301
I. Überblick zu Parallelen und Abweichungen	301
1. Errichtung und Registrierung	301
2. Aufbau, Verwaltung und Governance	302
a) Rechtsfähige Stiftung und Offshore-Stiftungen	302
b) Unselbständige Stiftung und Offshore-Trusts	302
3. Zweck, Begünstigung und Tätigkeit	302
4. Enforcement und Aufsicht	303
II. Missbrauchspotenziale: Tabellarischer Vergleich und Überblick	303
III. Vergleichende Hinweise	305
 § 12 Zusammenfassung und weiterführende Überlegungen	307
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	307
II. Rechtsdurchsetzung und Asset Protection	309
III. Reflexion der Rechtslage in Deutschland.....	309
IV. Positive Impulse	310
1. Vorbild Vanuatu?	310
2. Private Enforcement und fakultative Inhalte	310
V. Legitime Nutzungsmöglichkeiten	311
 Literaturverzeichnis	313
Sachregister	325
Digitales Zusatzmaterial: Ausgewählte Gesetzestexte Vanuatus, der Cookinseln sowie von St. Kitts und Nevis, DOI 10.1628/978-3-16-164540-2-Appendix.	

Tabellenverzeichnis

3.1	Kriterien – Register und Publizität.....	44
3.2	Kriterien – Dokumentation und Rechnungslegung	45
3.3	Kriterien – Treuhandgründung und Vertretung	46
3.4	Kriterien – Verschwiegenheitspflichten	47
3.5	Kriterien – separates Regelungsregime.....	47
3.6	Kriterien – Rechtevorbehalt und Widerrufbarkeit	49
3.7	Kriterien – <i>letter of wishes</i>	49
3.8	Kriterien – Selbstbegünstigung	50
3.9	Kriterien – Wechsel der Begünstigten/Zwecke	50
3.10	Kriterien – Delegation und verdeckte Vertretung.....	51
3.11	Kriterien – <i>spendthrift trust</i> und Vermögensabschottung	51
3.12	Kriterien – <i>discretionary trust</i> und Ermessensstiftung.....	52
3.13	Kriterien – Nichtanerkennungsregelungen	52
3.14	Kriterien – prozedurale Hindernisse	53
3.15	Kriterien – Rechtsfolgeneinschränkungen	54
3.16	Kriterien – Fristverkürzung und Verjährung/Präklusion	54
3.17	Kriterien – Sicherheitsleistung als Klageerfordernis	54
3.18	Kriterien – Fluchtklauseln.....	55
3.19	Kriterien – Anti-Duress-Klauseln	56
5.1	EU-Liste (Stand 2022).....	66
5.2	Oxfam-Erweiterungsvorschlag zur EU-Liste	67
5.3	Oxfam-Ranking: Tax havens.....	68
5.4	Financial Secrecy Index (2018).....	69
5.5	Ökonometrische OFC-Liste.....	72
6.1	Missbrauchspotenziale – Vanuatu <i>foundation</i>	104
6.2	Missbrauchspotenziale – Vanuatu Trust.....	109
7.1	Missbrauchspotenziale – Cook Islands <i>foundation</i>	163
7.2	Missbrauchspotenziale – Cook Islands <i>international trust</i>	171
8.1	Missbrauchspotenziale – Nevis <i>multiform foundation</i>	241
8.2	Missbrauchspotenziale – Nevis <i>international (exempt) trust</i>	248
9.1	Missbrauchspotenziale der Offshore-Jurisdiktionen im Vergleich.....	256
10.1	Missbrauchspotenziale – rechtsfähige Stiftung	294
10.2	Missbrauchspotenziale – unselbständige Stiftung	299
11.1	Gesamtvergleich der Missbrauchspotenziale.....	304

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Auffassung
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AG	Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
ABl.	Amtsblatt
AnfG	Anfechtungsgesetz
AO	Abgabenordnung
AStG	Gesetz über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen
BA (CK)	Banking Act 2011 [Cookinseln]
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründer
BEPS	Base Erosion and Profit Shifting
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CRA (N)	The Confidential Relationships Act [Nevis]
CTSP	Company & Trust Service Provider
DB	Der Betrieb
dies.	dieselbe [Autorin]
Diss.	Dissertation
DStR	Deutsches Steuerrecht
EJIMEL	Electronic Journal of Islamic and Middle Eastern Law
ER	English Reports
et al.	et alii/aliae
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f., ff.	und folgende(r)
GwG	Geldwäschegesetz
FA (CK)	Foundations Act 2012 [Cookinseln]
FA (VU)	Foundation Act No. 38 of 2009 [Vanuatu]
FATF	Financial Action Task Force (on Money Laundering)
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
ggf.	gegebenenfalls
GKZR	Großkommentar zum Zivilrecht

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
Habil.	Habilitation
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
IBD	Inter-American Development Bank
IFRS	International Financial Reporting Standards
IMF	International Monetary Fund
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
CKCA	Court of Appeal of the Cook Islands
CKHC	High Court of the Cook Islands
i.V.m.	in Verbindung mit
IMF	International Monetary Fund
ITA (CK)	International Trusts Act 1984 [Cookinseln]
ISr	Zeitschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung
IWF	Internationaler Währungsfonds
KG	Kommanditgesellschaft
KStG	Körperschaftsteuergesetz
lit.	littera
LLC	Limited Liability Company
LMK	Leitsätze mit Kommentierung
MA	Master of Arts/Magister Artium
MFO (N)	Multiform Foundations Ordinance [Nevis]
MFR (N)	Multiform Foundations Regulations [Nevis]
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NGO	non-governmental organization
NIETO (N)	Nevis International Exempt Trust Ordinance [Nevis]
NIETO2020-E (N)	Nevis International Exempt Trust Ordinance, 2020 [Nevis]
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	NomosKommentar
No.	number
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
o.ä.	oder ähnlich(es)
o.V.	ohne Verfasser
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OFC	offshore financial center
OFLR	Offshore Financial Law Reports
OHG	offene Handelsgesellschaft
OWZE	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PGR (LI)	Liechtensteinisches Personen- und Gesellschaftsrecht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht

Rn.	Randnummer
S.	Seite
StiftRG	Stiftungsregistergesetz
SVZ	Sonderverwaltungszone
u.a.	unter anderem
US	United States
USA	United States of America
USD	US-Dollar
v	versus
VFSC	Vanuatu Financial Services Commission
vgl.	vergleiche
VUV	Vatu (Währung von Vanuatu)
XCD	Ostkaribischer Dollar
z.B.	zum Beispiel
ZErb	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEVer	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen
zugl.	zugleich
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Erster Teil:

Einführung

Thematik und Zielsetzung

I. Einleitung und Forschungsstand

„[...] äußerst eigenartige Gebilde, die sich besonders gut dazu eignen, die Gesetze fremder Staaten zu umgehen und deren Schutzbestimmungen zu mißachten und auch vorzugsweise dazu benutzt werden.“

aus: AG Hamburg Beschluss vom 31.7.1964 – 66 AR 1183/63

Nicht nur das *Treuhandunternehmen*¹ und die *Anstalt*² nach liechtensteinischem Recht, auf welche sich das Eingangszitat bezieht, werden im deutschen Rechtsverkehr schon länger kritisch beäugt. Spätestens nach journalistischen Enthüllungen wie *Offshore Leaks*, *Panama Papers*³ und *Malta Files*⁴ sind die juristischen Konstruktionen und Rechtsinstrumente verschiedener sogenannter Offshore-Jurisdiktionen⁵ fast schon generell mit einem zweifelhaften Ruf belegt⁶. Aber was genau steckt hinter diesen Konstruktionen, bei denen oft von Privatstiftungen und Familien-Trusts berichtet wird? Wie sind diese Stiftungen und Trusts gesetzlich ausgestaltet? Offshore-Jurisdiktionen verzichten häufig auf die überkommenen Einschränkungen⁷, die in anderen Ländern für vergleichbare Konstruktionen gelten, und stellen dadurch besonders flexible und weniger regulierte Rechtsinstrumente zur Verfügung – oft eingebettet in ein System niedriger oder nicht vorhandener Steuersätze oder fehlender Abgaben in Verbindung mit ausgeprägter Geheimhaltung. Diese Flexibilität lässt sich zu legalen wie illegalen, zu legitimen wie auch illegitimen Zwecken nutzen. Die Verwendung ausländischer Rechtsinstrumente oder ungewöhnlicher Konstruktionen ist aber nicht allein deshalb

¹ Gemeint ist die im Gesetz als *Treuunternehmen* oder *Geschäftstreuhand* bezeichnete Rechtsform nach Art. 932a des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts (im Folgenden „PGR (LI)“).

² Gemeint ist die im Gesetz auch als *Etablissement* bezeichnete Rechtsform nach Artt. 534 ff. PGR (LI).

³ Zu diesen und weiteren ähnlichen Enthüllungen siehe <<https://offshoreleaks.icij.org/>>, zuletzt abgerufen am 28.12.2022.

⁴ Siehe <<https://eic.network/projects/malta-files.html>>, zuletzt abgerufen am 28.12.2022.

⁵ Zur Verwendung dieses Begriffs, der hier nicht nur Inselstaaten „jenseits der Küste“ umfasst, siehe unten § 4 I., S. 59–60.

⁶ Vgl. auch *Hermann*, Asset Protection Trusts, S. 362.

⁷ Zu diesen siehe unten § 2 III. 7., S. 22–25.

mit einem Makel behaftet, weil sie dem Rechtsanwender einen Vorteil bringt. Vielmehr muss zu einem solchen Unwertsurteil ein Missbrauch der rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten vorliegen, der sich durch geeignete Kriterien abgrenzen lässt⁸. Im Folgenden soll daher aufgezeigt werden, welchen gesetzlichen Rahmen das Offshore-Stiftungs- und -Trustrecht exemplarischer Jurisdiktionen der Ausgestaltung dieser Rechtsformen setzt und in welcher Form Offshore-Stiftungen und -Trusts ein besonderes, ggf. gezielt geschaffenes, Missbrauchspotenzial bieten. Können durch diese Gelder z.B. einfacher gewaschen, (Insolvenz-)Gläubigern, Pflichtteils- und Unterhaltsberechtigten vorenthalten und dem Zugriff des Fiskus entzogen werden?

Zu dieser Thematik, die nur selten mit wenig Emotion diskutiert wird, stoßen die konkreten „Fälle“ von Prominenten und Politikern auf großes öffentliches Interesse. Die den *Leaks* zugrundeliegenden Datensätze der eingangs erwähnten enthüllungsjournalistischen Darstellungen haben ebenso Forschung und Fachpublikationen, auch juristischer Art, angestoßen⁹. Wenig Aufmerksamkeit hat dabei allerdings – besonders in der deutschsprachigen Literatur – die konkrete Ausgestaltung der in Offshore-Jurisdiktionen verwendeten Rechtsinstrumente erhalten. Dies gilt insbesondere für das entsprechende Offshore-Stiftungs- und -Trustrecht, zu dem sich nur wenig (rechtsvergleichende) Literatur findet; hiervon ausgenommen ist freilich das liechtensteinische und Stiftungs- und Trustrecht¹⁰. Wendet man den Blick auf weiter entfernte Jurisdiktionen, etwa in der Karibik oder in Ozeanien¹¹, so finden sich vereinzelt detaillierte Darstellungen zu bestimmten Rechtsinstrumenten¹². Vergleichende Übersichten oder breitere Gegenüberstellungen, die natürlich auch stets nur eine Auswahl von Jurisdiktionen darstellen können, finden sich in der englischsprachigen Literatur¹³. Vergleiche zwischen

⁸ Siehe dazu unten § 3, S. 33–38.

⁹ Z.B. *Strunz*, NZWiSt 2017, 262 (*passim*) oder *O'Donovan/Wagner/Zeume*, The Review of Financial Studies 32 (2019), 4117 (*passim*).

¹⁰ Siehe nur beispielhaft die ausführliche Auflistung weiterführender Literatur zur liechtensteinischen Stiftung bei *Gasser*, Liechtensteinisches Stiftungsrecht: Praxiskommentar, S. 20–45 oder das Quellenverzeichnis bei *Schurr*, in: *Gasser*, Liechtensteinisches Trustrecht, S. 31 f.

¹¹ Die dort belegenen kleineren Inselstaaten sind allgemein – gerade in der deutschsprachigen Forschung – nur selten Objekt der Rechtsvergleichung, vgl. dazu mit Nennung möglicher Gründe *Boele-Woelki*, Comparative Law Journal of the Pacific Hors Serie XXIII (2019), 1 (1).

¹² So z.B. zur Panama-Stiftung *Braxator*, Grundlagen der Panama-Stiftung, *passim* oder zum Trustrecht der Cookinseln mit einem Fokus auf Asset Protection *Hermann*, Asset Protection Trusts, S. 80 ff.

¹³ Siehe z.B. zum Stiftungsrecht die instruktiven Analysen von *Panico*, Private Foundations: Law and Practice, *passim* sowie die strukturierte Erhebung bei *Niegel/Pease* (Hrsg.), Private Foundations World Survey, *passim*. Zum Trustrecht vgl. z.B. *Panico*, International Trust Laws, *passim*, *Lupoi*, Trusts: A Comparative Study, *passim* sowie die strukturierte Erhebung bei *Gothard/Schah* (Hrsg.), The World Trust Survey, *passim* und die, nun schon etwas ältere, Übersicht von *Campbell/Cotter* (Hrsg.), Offshore Trusts, *passim*. Vergleichend zwischen dem Offshore-Trustrecht in Ozeanien und Onshore-Trusts: *Barnett*, in: *Liew/Harding*, Asia-Pacific Trusts Law, *passim*.

Stiftung und Trust im Allgemeinen beziehen sich meist auf die bekannten Rechtsformen des kontinental-europäischen und anglo-amerikanischen Rechtskreises, ohne dabei die Eigenheiten in Offshore-Jurisdiktionen zu berücksichtigen. Lediglich bei der Einführung neuer Stiftungsgesetze in Offshore-Jurisdiktionen finden sich kurze, meist aber sehr werbend verfasste, Aufsätze, welche einen Vergleich zum bestehenden Offshore-Trustrecht ziehen¹⁴. Es lässt sich damit konstatieren, dass die rechtswissenschaftliche Literatur im Allgemeinen, aber insbesondere im deutschsprachigen Raum, in Bezug auf das Stiftungs- und Trustrecht von Offshore-Jurisdiktionen nicht ausgeprägt ist. Soweit es um einen vergleichenden Blick mit Fokus auf Missbrauchspotenziale geht, besteht sogar eine erhebliche Forschungslücke.

Im Folgenden wird dazu beigetragen diese Lücke zu schließen: Das Stiftungs- und Trustrecht ausgewählter, exemplarischer, Offshore-Jurisdiktionen und die darin angelegten Missbrauchspotenziale im (Rechts-)Vergleich sind Gegenstand dieser Untersuchung.

II. Zielsetzung und Methodik

1. Betrachtungsobjekte

Stiftung und Trust dienen der Widmung und Bindung von Vermögen. Beide Instrumente können damit als *funktionale* Äquivalente des kontinental-europäischen bzw. anglo-amerikanischen Rechtskreises eingeordnet werden¹⁵. Die Funktion der (dauerhaften oder zumindest längerfristigen) Vermögenswidmung macht beide Rechtsinstrumente bei der Verfolgung gemeinnütziger, aber auch atypischer privatnütziger Zwecke besonders relevant und eröffnet spezielle Möglichkeiten der Vermögensstrukturierung. Entsprechend finden sich Stiftungen und Trusts in Offshore-Konstruktionen wieder¹⁶. Um den besonderen Missbrauchspotenzialen dieser Rechtsformen entgegenzutreten, hat das Stiftungs- und Trustrecht im jeweiligen Rechtskreis (und auch mit Abweichungen je nach Jurisdiktion und Rechtstradition), in Case Law, Gesetzen und rechtswissenschaftlicher Dogmatik, einschränkende Regelungen getroffen¹⁷. Solche überkommenen Einschränkungen sind in Offshore-Jurisdiktionen aber teils explizit aufgehoben, angepasst oder

¹⁴ Beispielhaft zu den Cookinseln: *Davis, Trusts & Trustees* 20(6) (2014), 565 (*passim*).

¹⁵ Statt vieler vgl. nur: allgemein *Kötz*, Trust und Treuhand, S. 114 sowie *Schurr*, Trusts & Trustees 25(6) (2019), 587 (588) mit Bezug auf nebeneinander bestehendes Trust- und Stiftungsrecht innerhalb der gleichen Jurisdiktion.

¹⁶ Siehe z.B. die (verhältnismäßig komplexen) Organisationsvorschläge zum Management eines Family Offices in der Jurisdiktion Nevis unter Einbeziehung von Stiftung und/oder Trust sowie Offshore Corporation bei *Dash*, Trusts & Trustees 19(6) (2013), 650 (653 ff).

¹⁷ Siehe dazu beispielhaft für trustrechtliche Regelungen die Darstellung unten in § 2 III. 7., S. 22–25 sowie für einschränkende Regelungen des Stiftungsrechts anhand des Beispiels des Stiftungszwecks unten in § 10 I. 4., S. 269–271.

abdingbar¹⁸. Das – in der deutschen Literatur bislang nur wenig betrachtete – Stiftungs- und Trustrecht exemplarischer Offshore-Jurisdiktionen ist daher ein fruchtbares Untersuchungsobjekt, um Missbrauchspotenziale anhand besonders extremer Ausgestaltungsmöglichkeiten zu identifizieren und zu bewerten. Diese Ergebnisse können dann im Wege des Vergleichs auch zur Reflexion des restriktiver ausgestalteten deutschen Stiftungsrechts, als Gegenmodell oder Vorbild, herangezogen werden: So können z.B. die Folgen extremer Offshore-Ausgestaltungen deutlicher erkennbar machen, welche – unerwünschten oder erwünschten – Effekte gleichgelagerte Regelungen, auch bei weniger weitgehenden Ausgestaltungen, erwarten lassen.

Im Sinne der Ziele der Rechtsvergleichung¹⁹ trägt diese Untersuchung nicht nur zum allgemeinen Erkenntnisgewinn bei: Durch die Darstellung und Aufbereitung der gesetzlichen Grundlagen von Stiftung und Trust in unterschiedlichen Offshore-Jurisdiktionen wird der Rechtsverkehr mit dem Ausland sowie die anwaltliche Praxis erleichtert. Dies betrifft insbesondere die Rechtsverfolgung und -durchsetzung sowie Planung in der Kautelarpraxis. Durch die vergleichende Analyse mit einem Schwerpunkt auf die Quantifizierung und qualitative Bewertung von Missbrauchspotenzialen kann diese Untersuchung darüber hinaus auch in der Rechtspraxis für Gesetzgebung und Normanwendung sowie im Rahmen der Strafverfolgung herangezogen werden.

2. Gang der Untersuchung

Im Rahmen dieser Untersuchung werden Kriterien zur Identifikation und Bewertung von Missbrauchspotenzialen festgelegt und angewendet. Nach einer generellen Einführung in das Phänomen der Offshore-Stiftungen und -Trusts wird exemplarisch aufgezeigt, welche besonderen Ausgestaltungsmöglichkeiten das Stiftungs- und Trustrecht ausgewählter, beispielhafter Offshore-Jurisdiktionen bietet, welche Missbrauchspotenziale sich daraus ergeben, wie sich diese in Art und Schwere unterscheiden und inwieweit sie über das Missbrauchspotenzial hinausgehen, das auch dem deutschen Stiftungsrecht inhärent ist. Diese Untersuchung lässt sich

¹⁸ Ausführlich und kritisch, aber ausschließlich mit Bezug auf das Trustrecht, zum Trend der Abschaffung überkommener Regelungen in Off- und Onshore-Jurisdiktionen, siehe *Hofri-Winogradow*, University of Toronto Law Journal 65 (2015), 1 (1 ff.).

¹⁹ Vertiefend zu den verschiedenen, nicht einheitlich systematisierten Zielsetzungen: *Kischel*, Rechtsvergleichung, S. 49 ff., *Koch/Magnus/von Mohrenfels*, IPR und Rechtsvergleichung, § 13 I., *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 14. Überzeugend führt *Kischel*, Rechtsvergleichung, S. 47 f., aus, dass die Rechtsvergleichung keiner Rechtfertigung durch Erfüllung bestimmter funktionaler Ziele bedarf. Ebenso und mit kritischer Analyse der oft herangezogenen Rechtsvergleichungsziele: *Sacco/Rossi*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 13 ff.

daher der *Institutionenvergleichung*²⁰ zurechnen²¹.

Die vorliegenden Ausführungen konzentrieren sich auf eine Analyse der Primärrechtsquellen²² der betrachteten Rechtsinstrumente. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der administrativen Ausgestaltung, insbesondere soweit sie Anonymität der beteiligten Parteien und/oder Geheimhaltung der abgewickelten Transaktionen überdurchschnittlich vereinfacht oder anderweitige Regelungen enthält, welche die Nutzung zu missbräuchlichen Zwecken erleichtern. So werden insbesondere die Voraussetzungen zur Errichtung und ggf. Registrierung sowie die vorgesehenen Organe bzw. Ämter, Vertreter, Gremien etc. und deren rechtliche Bedeutung dargestellt. Auch die jeweiligen Enforcement-Mechanismen, also z.B. eine öffentliche (Stiftungs-)Aufsicht oder eine Ausgestaltung als privates Amt eines Protectors/Enforcers/*guardian*²³ werden in den Blick genommen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Betrachtung von Abwehr- und Schutzklauseln (so genannte *firewall legislation*²⁴), welche die Verfolgung und Durchsetzung von Ansprüchen nicht nur in besonderem Maße, sondern separat gegenüber Stiftungen und Trusts, also *gesondert für diese Rechtsformen*, erschweren; weiterhin werden Geheimhaltungsvorschriften mit einbezogen. Steuerrechtliche Aspekte werden nur dann thematisiert, wenn diese als explizite Sonderregelung Teil der betrachteten Rechtsinstrumente sind – es erfolgt also keine allgemeine steuerrechtliche Beurteilung der Verwendung derselben.

3. Arbeitshypothesen und Untersuchungsziele

Dieser Untersuchung liegt die These zu Grunde, dass die Ausgestaltung des Stiftungs- und Trustrechts *als solches*²⁵ in Offshore-Jurisdiktionen rechtlich und

²⁰ Zu diesem Begriff sowie dem Pendant der *Systemvergleichung* siehe Neumayer in: *Grasmann/David*, Rechtssysteme der Gegenwart, S. 31 f., der kritisch auch viele Schwierigkeiten der Institutionenvergleichung darstellt.

²¹ Im Rahmen der Rechtsvergleichung steht diese Untersuchung der einzelnen Rechtsinstrumente des Stiftungs- und Trustrechts damit der *Mikrovergleichung* näher, als der *Makrovergleichung*, siehe zu dieser Einteilung statt vieler nur *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 4 f. sowie *Rheinstein*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 31 ff., der dabei allerdings von der funktionellen Methode abgrenzt. Freilich ist damit keine Einschränkung der Untersuchung auf unergiebigste Einzelbestandteile rechtlicher Regelungen, im Sinne des Verständnisses von *Constantinesco*, Rechtsvergleichung, S. 258 ff., gemeint. Vielmehr gilt es, die Rechtsfolgen in Form von Missbrauchspotenzialen zu isolieren, die gerade aus einer spezifischen gesetzlichen Ausgestaltung des Rechtsinstruments stammen.

²² Also die jeweiligen erlassenen Gesetze/Kodifizierungen des Stiftungs- und Trustrechts sowie ggf. einschlägiges Case Law.

²³ Zur verwendeten Terminologie dieser Funktionsäquivalente in unterschiedlichen Common-Law-Offshore-Jurisdiktionen: *Panico*, Private Foundations: Law and Practice, S. 293.

²⁴ Siehe z.B. die Verwendung in Titel und Text bei *Tyler*, Trusts & Trustees 14(10) (2008), 685 (*passim*), auf den auch *Hermann*, Asset Protection Trusts, S. 362 verweist, oder bei *Panico*, Private Foundations: Law and Practice, S. 297 ff.

²⁵ Im Gegensatz zur Offshore-Jurisdiktion als Ganzes. Diese Perspektive ist hingegen gebräuchlicher: So erfolgt z.B. durch die OECD eine Bewertung und Einstufung von Nationalstaaten

sachlich erhöhte Missbrauchspotenziale birgt. Dabei stehen drei (sich überschneidende) Regelungsbereiche im Vordergrund:

1. Hohe allgemeine Flexibilität bei der Ausgestaltung von Stiftung oder Trust
2. Verzicht auf überkommene oder neu entwickelte Schutzmechanismen zur Missbrauchseindämmung
3. Rechtsformspezifische Abwehrklauseln und Sonderregelungen, welche die Rechtsverfolgung gegenüber Stiftungen und Trusts erschweren (ohne dass dafür ein sachlicher Grund ersichtlich ist)

Dadurch werden zum Teil missbräuchliche Konstruktionen gezielt erleichtert und gefördert. Die Ausgestaltungsmöglichkeiten können dabei so weit sein, dass die Funktion des Rechtsinstruments zur Vermögenswidmung nicht mehr (vollständig) erfüllt wird, also der Wesenskern der Stiftung bzw. des Trusts, trotz entsprechender Bezeichnung des Rechtsinstruments, nicht mehr gegeben ist. Darin liegt ein separates Missbrauchspotenzial: Das Fehlen einer entsprechenden Konturierung von Rechtsinstrumenten durch bestimmende Kernelemente unterläuft die Erwartungen des Rechtsverkehrs und erleichtert die Täuschung in diesem allgemein.

Die Einführung der Stiftung durch das meist neuere Offshore-Stiftungsrecht wurde dabei oft an bestehendes Offshore-Trustrecht angeglichen, so dass davon auszugehen ist, dass mit beiden Rechtsinstrumenten ähnliche wirtschaftliche und rechtliche Ergebnisse erzielt werden können.

Demgegenüber liegt die Vermutung nahe, dass das deutsche Stiftungsrecht grundsätzlich weniger Missbrauchspotenziale bietet²⁶. Gerade die (gesetzlich) nicht stark konturierte Ausprägung der unselbständigen Stiftung wird dabei aber in einzelnen Punkten den Offshore-Pendants näher stehen als die rechtsfähige Stiftung.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist der gesetzliche Rahmen, den das Offshore-Stiftungs- und -Trustrecht exemplarischer Jurisdiktionen der Ausgestaltung dieser Rechtsformen setzt, insbesondere welche (extremen) Ausgestaltungen explizit zugelassen oder privilegiert werden und in welchen relevanten Details sich die Regelungen der untersuchten Jurisdiktionen unterscheiden. Daraus abgeleitet wird untersucht und bewertet, in welcher Form Offshore-Stiftungen und -Trusts ein besonderes, ggf. gezielt geschaffenes, Missbrauchspotenzial bieten und wie sich dieses intra- und interjurisdiktional unterscheidet. Auf dieser Grundlage wird ein Vergleich zum deutschen Stiftungsrecht gezogen.

z.B. als „Steueroase“ oder „unkooperativ“, seltener aber eine davon gelöste Beurteilung einzelner Rechtsinstrumente, siehe dazu unten § 3 II. 1., S. 38–42.

²⁶ Freilich soll nicht bestritten werden, dass auch in Deutschland Stiftungen zu missbräuchlichen Zwecken genutzt werden, vgl. *Strachwitz*, *Der Kampf gegen Geldwäsche*, S. 3 f.

4. Vorgehen und Darstellung

Nach kurzer Einführung werden im ersten Teil in § 2 der Begriff der Stiftung²⁷ sowie des Trusts²⁸ funktional für den Rahmen dieser Betrachtung definiert. Als Vergleichsmaßstab sowie zum besseren Verständnis der durch Offshore-Jurisdiktionen vorgenommenen rechtlichen Anpassungen wird dabei der Trust des englischen Rechts, quasi als Archetyp dieses Rechtsinstruments, kurz dargestellt, wobei auch auf typische Abweichungen in anderen Jurisdiktionen, typisierende Bezeichnungen je nach Ausgestaltung und die rechtliche Behandlung in Deutschland eingegangen wird. In § 3 folgt ein Überblick über den Begriff des Missbrauchs von Rechtskonstruktionen und die im Rahmen dieser Untersuchung verwendete Definition zur Identifikation von Missbrauchspotenzialen. Aus gängigen Missbrauchskriterien in unterschiedlichen Bereichen werden dann die im Rahmen dieser Untersuchung verwendeten konkreten Kriterien zur Identifizierung und zum Vergleich von Missbrauchspotenzialen aufgestellt²⁹.

Im zweiten Teil erfolgt nach einer einführenden Darstellung des Offshore-Phänomens in § 4 und einer Übersicht der als Offshore-Jurisdiktionen klassifizierten Jurisdiktionen in § 5 eine Auswahl dreier beispielhafter Jurisdiktionen anhand einer kursorischen Analyse der exemplarischen Eignung, bestimmende und typische Eigenschaften der bereitgestellten Stiftungs- und/oder Trustinstrumente besonders anschaulich darzustellen.

Im dritten Teil werden die Stiftungs- und Trust-Instrumente der ausgewählten Offshore-Jurisdiktionen dargestellt und verglichen: Dort erfolgt, gegliedert nach Jurisdiktion, die Darstellung, Analyse und der Vergleich des Stiftungs- und Trustrechts der Offshore-Jurisdiktionen Vanuatu in § 6, der Cookinseln in § 7 und Nevis in § 8. Dabei wird jeweils, nach kurzem Überblick über die jeweilige Jurisdiktion, das Stiftungsrecht gefolgt vom Trustrecht dargestellt und durch eine Übersicht gegebenenfalls relevanter allgemeiner Gesetze ergänzt. Nach einer Analyse der bestehenden Missbrauchspotenziale unter Verwendung der in § 3 aufgestellten Kriterien schließen die Länderkapitel jeweils mit einem *intra*-jurisdiktionalen (Rechts-)Vergleich zwischen dem zuvor dargestellten Stiftungs- und Trustrecht. Sodann folgt in § 9 ein *inter*-jurisdiktionaler (Rechts-)Vergleich des betrachteten Stiftungs- und Trustrechts der drei Offshore-Jurisdiktionen Vanuatu, Cookinseln und Nevis.

Im vierten Teil wird in § 10 – zur besseren Vergleichbarkeit – eine kurze Übersicht des deutschen Stiftungsrechts dargestellt und eine Bewertung der Missbrauchspotenziale nach den gleichen, für die Analyse der Offshore-Pendants verwendeten, Kriterien für die rechtsfähige Stiftung sowie die unselbständige Stiftung vorgenommen. Es folgt ein Vergleich der Missbrauchspotenziale mit den

²⁷ § 2 II., S. 14–15.

²⁸ § 2 IV., S. 32–32.

²⁹ § 3 II. 4., S. 43–56.

betrachteten Offshore-Jurisdiktionen in § 11, gefolgt von einem zusammenfassenden Fazit in § 12.

Um den Wiedererkennungswert und die Auffindbarkeit bei der Nutzung von Quellen zu steigern sind in dieser Untersuchung englischsprachige Bezeichnungen von Organen, Ämtern und Institutionen nur dann mit einem deutschen Begriff übersetzt oder in deutscher Schreibweise wiedergegeben, wenn diese Bezeichnung (z.B. als Funktionsäquivalent) etabliert ist oder den englischen Begriff umfassend und passend wiedergibt. Ungewöhnliche Bezeichnungen und Begriffe, die durch den jeweiligen Gesetzgeber in Abweichung vom üblichen Gebrauch gewählt wurden, sind durchgehend kursiv gesetzt. Auch stilistische Eigenheiten der jeweiligen Primärquellen, wie atypische Anführungszeichen und Großschreibung personenbezogener öffentlicher Ämter, wurden nach Möglichkeit erhalten³⁰.

5. Verwendete Primärquellen: Verweise und Anhänge

Die folgende Untersuchung macht intensiven Gebrauch von Primärquellen in Form der Gesetzestexte der betrachteten Offshore-Jurisdiktionen. Die internationale Verfügbarkeit jener in aktueller Fassung war noch Ende der ersten Dekade der 2000er-Jahre äußerst lückenhaft³¹. Durch die weitere Verbreitung des Internets haben sich zwar neue Möglichkeiten ergeben: Kommerzielle sowie akademische juristische Datenbanken, Websites von Ministerien/Behörden sowie von Rechtsberatern stellen digitale Fassungen veröffentlichter Gesetzestexte – freilich nicht immer lückenlos, sondern in Teilen – zur Verfügung. Häufig sind dies aber, wie gerade in Common-Law-Jurisdiktionen üblich, nicht-konsolidierte Fassungen mit entsprechenden Änderungsgesetzen³². Auch kann es vorkommen, dass offiziell konsolidierte Fassungen eine abweichende Nummerierung der Abschnitte erhalten³³. Die Bestimmung der anwendbaren Normen ist bereits keine triviale Aufgabe³⁴.

Zur besseren Nachvollziehbarkeit wird daher im Folgenden angegeben, aus welcher Quelle und zu welchem Zeitpunkt online verfügbare Gesetzestexte bezogen wurden.

³⁰ Davon ausgenommen ist bei Gesetzesverweisen, zur Verbesserung des Leseflusses, der in einigen Gesetzestexten anzufindende fette Schriftschnitt bei Begriffsdefinitionen.

³¹ Vgl. auch die anekdotische Schilderung der Limitierungen vor Verbreitung des Internets in Bezug auf Primär- und Sekundärquellen Ozeaniens: *Corrin*, *Journal of South Pacific Law* 23 (2021), 1 (1).

³² Als anschauliches Beispiel siehe § 7 III. 1. Fußnote 158, S. 137 zum *International Trusts Act* der Cookinseln.

³³ Siehe z.B. § 8 III. 1. Fußnote 202, S. 209 zur *Nevis International Exempt Trust Ordinance*.

³⁴ Vgl. *Angelo/Corrin*, in: *Corrin/Angelo*, *Legal Systems of the Pacific*, S. 1 mit Bezug auf die Jurisdiktionen des Süd-Pazifiks.

a) Gesetzgebung Vanuatus und der Cookinseln

Das Pacific Islands Legal Information Institute der University of the South Pacific School of Law auf Vanuatu stellt eine umfangreiche durchsuchbare juristische Datenbank zur Gesetzgebung und Rechtsprechung pazifischer Jurisdiktionen unter <http://paciil.org/>³⁵ zur Verfügung. Diese war Ausgangspunkt der Untersuchung des Rechts Vanuatus sowie der Cookinseln.

Aufbereitete Gesetzestexte Vanuatus aus dieser Datenbank wurden im Abgleich mit den verfügbaren Veröffentlichungen der Vanuatu Financial Services Commission unter <https://www.vfsc.vu/overseas-companies/laws-regulations/>³⁶ sowie der Ressourcenwebsite des Parlaments von Vanuatu unter <http://eparliamentresource.gov.vu/>³⁷ herangezogen.

Aufbereitete Gesetzestexte der Cookinseln aus dieser Datenbank wurden im Abgleich mit verfügbaren Scans bzw. Veröffentlichungen der Financial Supervisory Commission der Cookinseln unter <https://www.fsc.gov.ck/cookIslandsFscApp/content/regulatory-framework/legislation>³⁸ herangezogen³⁹.

b) Gesetzgebung von St. Kitts und Nevis

Die Law Commission, welche dem Justizministerium⁴⁰ von St. Kitts und Nevis zugeordnet ist, veröffentlicht regelmäßig konsolidierte Fassungen des Rechts von St. Kitts und Nevis⁴¹: Die auf der Website <https://aglskn.info/home/revised-editions/>⁴² veröffentlichten Fassungen wurden als Grundlage der Untersuchung des Rechts von (St. Kitts und) Nevis herangezogen.

³⁵ Erreichbarkeit zuletzt geprüft am 28.12.2022.

³⁶ Erreichbarkeit zuletzt geprüft am 28.12.2022.

³⁷ Erreichbarkeit Ende Dezember 2022 nicht mehr gegeben. Snapshot vom 12.10.22 verfügbar unter <https://web.archive.org/web/20221012225750/http://eparliamentresource.gov.vu/jspui/index.jsp>, zuletzt abgerufen am 28.12.2022.

³⁸ Dort finden sich auch – teils ohne weitere Angaben – relevante aktuelle Verordnungen (im Englischen: „Regulations“) des *Queen's Representative*. Erreichbarkeit zuletzt geprüft am 28.12.2022.

³⁹ Teilweise redundant zu dieser Quelle sind auch Veröffentlichungen der Cook Islands Financial Services Development Authority unter <https://www.cookislandsfinance.com/legislation> (Verlinkung der entsprechenden Gesetze Ende Dezember 2022 nicht mehr gegeben; Snapshot vom 27.07.21 mit entsprechender Auflistung verfügbar unter <https://web.archive.org/web/20210727093721/https://www.cookislandsfinance.com/legislation>, zuletzt abgerufen am 28.12.2022.) sowie der Gesetzesdatenbank des Parlaments der Cookinseln unter <https://parliament.gov.ck/parliamentary-business/acts/acts-library/>, Erreichbarkeit zuletzt geprüft am 28.12.2022, herangezogen worden.

⁴⁰ Gemeint ist das *Ministry of Justice and Legal Affairs*.

⁴¹ Diese können in der Nummerierung und sonstigen Details Änderungen enthalten, siehe § 8 III. 1. Fußnote 202, S. 209.

⁴² Erreichbarkeit zuletzt geprüft am 28.12.2022.

Von der Financial Services Regulatory Commission (Nevis Branch) veröffentlichte Gesetzesentwürfe wurden über ihre Website unter <<https://www.nevisfsrc.com/>>⁴³ bezogen⁴⁴.

c) Digitales Zusatzmaterial

Zur einfacheren Referenzierbarkeit und weiteren Information sind die verwendeten relevanten Gesetzestexte⁴⁵ Vanuatus (S. 2–68 des Zusatzmaterials), der Cookinseln (S. 69–145 des Zusatzmaterials) sowie von St. Kitts und Nevis (S. 146–427 des Zusatzmaterials) separat als digitales Zusatzmaterial bereitgestellt. Dieses kann unter <<https://dx.doi.org/10.1628/978-3-16-164540-2-Appendix>> abgerufen werden. Es bestehen (Urheber-)Rechte Dritter am Zusatzmaterial; es darf nur in Verbindung mit dieser Untersuchung vervielfältigt und verwendet werden. Es untersteht *nicht* der Creative-Commons-Lizenz dieses Werks.

⁴³ Erreichbarkeit zuletzt geprüft am 28.12.2022.

⁴⁴ Siehe § 8 III. 1. Fußnote 204, S. 209.

⁴⁵ Soweit diesen von offiziellen Quellen kurze Gesetzesbegründungen (*explanatory notes*) vorangestellt waren, sind diese ebenfalls im Zusatzmaterial enthalten.